

△ Berlin, 19. Juni. Auch heute ist in der Reichspapiergelbsfrage keine Entscheidung getroffen, da wegen dienstlicher Behinderung hervorragender Mitglieder des Bundesrathes eine Plenarsitzung des letzteren nicht stattfinden konnte. Inzwischen wird innerhalb des Bundesrathes, wie bei Reichstages verhandelt, um womöglich Berlegenheiten bezüglich des Zustandekommens des Münzgesetzes zu vermeiden, welches ja bis zum letzten Paragraphen (§ 18) durchgerathen ist. Es verlautete, daß auch zwischen der preussischen Finanzverwaltung und der Reichsregierung noch Meinungsverschiedenheiten über den Ausgleichsumsah bei der Herauszahlung an die Einseelsstaaten auszugleichen wäre.

Eine Majorität der Minorität im Bundesrathe, welche in diesem Falle nicht schwer war, scheint man unter keinen Umständen zu wollen. Die Entscheidung ist jedenfalls vor Ablauf der Woche zu erwarten. Inzwischen beruht sich aus dem Schoße des Reichstages ein Antrag vor, welcher darauf gerichtet ist, denjenigen Bundesstaaten, welche durch die Einziehung des Papiergelds Opfer zu bringen haben, nicht allzu schwere Nachteile zu Gunsten der besser gestellten Staaten erwachsen zu lassen. — Die Verhandlungen im Justizauschusse des Bundesrathes über das Preßgesetz sind immer noch nicht weiter gediehen. Inzwischen hört man, daß die Mittheilung eines preussischen Provinzialblattes, wonach die preussische Regierung eine Verschärfung der Bestimmungen beantragt hat, sich als völlig unrichtig erweist, wohl aber bestätigt sich unsere frühere Mittheilung von den greifbaren Abmilderungen, welche der Entwurf durch den Widerspruch der bayerischen Vertreter in dem bislang debattirten Theil (bis § 10) erfahren hat. Bei dieser Gelegenheit ist, im gegenwärtigen Moment vielleicht doppelte, eine Mittheilung über die Entstehung des omdischen Entwurfes am Platz, welche von bestunterrichteter Seite verbreitet worden. Kaiser Bismarck hatte thatsächlich einen eigenen Preßgesetzentwurf beabsichtigt, sah sich aber veranlaßt darauf zu verzichten, während die preussische Regierung den jetzt vorliegenden Entwurf an den Bundesrath brachte. Kaiser Bismarck hat, so versichern ihm nahe stehende Personen, an den beständigen Beratungen der preussischen Regierung nicht Theil genommen. Nicht uninteressant ist übrigens die auch anderweit bekannte Thatsache, daß im Justizauschusse des Bundesrathes nur der eine der preussischen Commissare mit voller Wärme für den Entwurf eintritt, während der Andere, freilich ein berühmter Jurist, sich den gerechtfertigten Einwendungen der Opponenten, die sich namentlich auf den juristischen Standpunkt stellen, angeschlossen haben soll. Allem Anscheine nach wird die ganze Angelegenheit vorläufig mindestens in den Hintergrund treten. Inzwischen werden an die Vorgänge in der Reichstags-Sitzung vom letzten Montag die leisesten Gerüchte geknüpft, welche sogar dahin sich versteigen, zu verbreiten, der Reichskanzler gehe damit um, seinen Abschied zu fordern, eine Nachricht, die um so weniger glaubhaft erscheinen kann, als, abgesehen vom Centrum und dem kleinen frontirenden Theil der äußersten Rechten, alle Parteien, — so weit von solchen im äußeren parlamentarischen Leben die Rede ist — zu dem Kanzler stehen und zur Vertheidigung mit ihm in streitigen Fragen nach wie vor bereit sind. — Der Stand der auf des Budget bezüglichen Arbeiten berechtigt zu der Erwartung, daß der Reichstag immerhin am 27. d. M. geschlossen werden kann, entgegenstehende Gerüchte von einer Sommerfession, von einer um jeden Preis vorzunehmenden Verabreichung des Militärgesetzes verdienen wohl keine Beachtung. Dagegen sei bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß, wie weit auch die Session vorgeschritten ist, noch eine sehr dringende Angelegenheit, die Entschädigung der Gemeinden für Kriegseinfälle, zur Erledigung kommen möchte. — In der Budget-Commission wurde heute bei Gelegenheit des Militär-Etats eine Resolution beschloffen, den Reichskanzler zu ersuchen, eine jährliche Vorlegung des bayerischen Militär-Etats zu bewirken. Die bayerischen Reichscommissare erklärten sich dagegen und wollten darin eine nach den bayerischen Reservatrechten nicht zulässige Controle erblicken. — In der Petitions-Commission des Reichstages hat man bekanntlich die Ueberweisung einer Petition gegen die Belligung von Postbeamten durch die vorgesetzte Behörde wegen Abonnement auf eine Zeitung an den Reichskanzler beschloffen. Wie man hört, beabsichtigt die dritte Commission diese Angelegenheit zum Gegenstande einer Interpellation zu machen, welche der Abg. v. Bantz motiviren würde. — Der preussische Ministerpräsident Feldmarschall Graf von Roon hat sein Gut Gütergog bei Potsdam an den Geh. Commerzienrath v. Bleichröder, dem Vernehmen nach für die Summe von 400,000 Mk. verkauft. — Wie es heißt, hat der Lippe'sche Cabinetsminister v. Flottwell seine Demission eingebracht. — Der zum kaiserlichen Botschafter in London ernannte Seelandmarschall Graf von Münster begibt sich heute Abend auf seinen neuen Posten. — Die „Spener'sche Zeitung“ schreibt: „In der heutigen Nummer der „Germania“ wird in der Beilage gegen die „Spener'sche Zeitung“ u. A. die Verleumdung ausgesprochen, sie lasse sich ihre Dividenden aus dem Preßfonds bezahlen. So wenig wir im Allgemeinen Neigung zu Preßprozessen besitzen, so haben wir uns doch in diesem Falle entschlossen, gegen die „Germania“ gerichtliche Anklage zu erheben.“

Mühlhausen, 16. Juni. Mit dem heutigen Tage beginnt dem Vernehmen nach die Wegschaffung des in Belfort befindlichen Kriegsmaterials. — Frankfurt a. M., 19. Juni. Der Kronprinz des deutschen Reiches, welcher gestern Abend von Darmstadt hier eintraf, hielt heute Vormittag eine Besichtigung der hier garnisonirenden Truppen ab und setzte heute Nachmittag seine Reise nach Mainz fort. — Moskau, 17. Juni. Vorgestern haben die sämmtlichen evangelischen Geistlichen hiesiger Stadt eine Warnung vor dem nachdenklichen Protestantenvereine in von den Kanzeln verlesen. Das verlesene Schriftstück ist in einer vorgegangenen Versammlung der Geistlichen festgestellt worden. Ob die Aaregung zu diesem Schritte aus ihrer eigenen Mitte oder von der oberen Kirchenbehörde ausgegangen ist, bleibt noch zu untersuchen. Bis jetzt ist auch der Text des Schriftstückes nicht an die Öffentlichkeit gedrungen.

München, 19. Juni. Gegen den Redacteur der „Neuesten Nachrichten“, Dr. Vecchiotti, ist wegen eines Artikels, welcher in der Commandirung des Militärs zur Frohnleichnamspredigt eine überdieß mit der bayerischen Verfassung nicht im Einklang stehende Gemüthsbedrückung der nicht katholischen Soldaten faßt, auf Grund des Art. 95 des N.-Str.-G.-B. (Verleumdung des Landesheeren) strafrechtliche Untersuchung eingeleitet. — Es geht das Gerücht, General v. d. Tann wolle in Folge der i. Verlegung wegen des Truppenaufmarsches bei der Frohnleichnamspredigt seine Entlassung geben. General v. d. Tann hatte nämlich als Vorstand des Generalcommando's München die vom König annullirte Verfügung erlassen, wonach das Militär bei kirchlichen Feierlichkeiten künftig nicht mehr mitzuwirken brauche. — Die Verhand-

lungen in der Anklage gegen die Abbele Spigebler vor dem hiesigen Schwurgericht werden, wenn sich kein Hinderniß ergibt, am 14. Juli beginnen, und sind für dieselben fünf Tage bestimmt; sollte sich noch ein Hinderniß ergeben, so wird die Verhandlung erst am Schluß der Schwurgerichtssession, gegen Ende Juli, stattfinden.

Oesterreich-Ungarn.
Wien, 19. Juni. Wie das „Telegraphen-Correspondenz-Bureau“ erfährt, müssen sämmtliche Banken, die überhaupt eine Creditvermehrung beanspruchen, einem Vertrauenscomité vorher ihren Status vorlegen. Von den bekannten Banken, namentlich von denjenigen, die das Escompte- und Pfandgeschäft betreiben, ist dies bereits durch Lieferung der betreffenden Nachweise geschehen. Die Gerüchte, daß die zwischen den bekannten 9 Banken angestrebte Fusion an der Weigerung gescheitert sei, die verlangten Nachweise zu liefern, sind unrichtig, vielmehr tragen persönliche Differenzen und der Mangel an Unterordnung die Schuld, daß in dem Fusionsprojecte ein Stillstand eingetreten ist. — Die Nachricht, daß der General-Director Schwarzenborn seiner Stelle enthoben sei, entbehrt, wie aus gut unterrichteter Quelle verlautet, der Begründung.

Schweiz.
Bern, 19. Juni. Die Regierung von Bern hat ein von 22 Gemeinderathspräsidenten der Amtsbezirke Felsberg und Münster eingereichtes Gesuch um Zurücknahme der gegen die katholischen Pfarrer getroffenen Maßnahmen einstimmig zurückgewiesen. (W. L.)

England.
— Kaiser Wilhelm hat dem Capitän Dobson ein schönes Telescop und einen seiner Matrosen je 5 Mkrs. übermitteln lassen, weil sie am 2. November 1872 mit Gefahr ihres eigenen Lebens die Mannschaft des deutschen Schoners „Dr. Stronberg“ retteten.

Frankreich.
Paris, 17. Juni. In den letzten Tagen sind in Paris viele Verhaftungen von Angehörigen der Commune, die man bis dahin unbehelligt gelassen, vorgenommen worden. — Das „Univers“ bringt eine ganze Sammlung von Berichten über die Processionen, welche zu Bourges, Montpellier, Marseille, Tarbes, Lille, Besancon und in anderen Städten stattgefunden haben. Das clerikale Blatt zählt mit strahlendem Wohlbehagen die Präfecten, Generale, Beamten, Professoren, fremden Consuln, Bürgermeister und Pompiers auf, welche dem Clerus das Geleite gegeben haben. Zu Lille marschirten alle diese Leute mit einer geschnittenen Kerze in den Händen. In Besancon donnerten die Kanonen. In Marseille ging der Consul des heil. Stuhles in großer Uniform mit, an der Seite eines Brigadegenerals. Zu Bourges marschirte General Ducrot, Commandant des achten Armee-corps, unmittelbar hinter dem Baldaquin. Das „Univers“ ist natürlich entsetzt, daß ganze administrative und militärische Frankreich zu den Füßen der römischen Kirche zu sehen. — „Pays“ meldet: „Man arbeitet gegenwärtig in St. Etienne an der Umwandlung einer gewissen Anzahl Gewehre des Chassepotsystems (vom Modell 1867) zum Blaumont-System. Diese Waffen werden wahrscheinlich einem der Jäger-Bataillone der Armee von Versailles veranschaulicht. Das gegenwärtig gebräuchliche Bataillon wird gleichfalls verändert. Zwei Neubildungen werden vorgenommen: die Verlängerung des jetzt gebräuchlichen Säbels und die Ersetzung dieses Säbels durch ein Bataillon mit grünen Flächen.“ — Der Präfect von Corsica, welcher nicht wußte, was er mit ihm vom Ministerium des Innern zugesandten Depeschen anfangen sollte, ließ dieselben an den Mauern von Ajaccio als Pariser Regierungsdipeschen anschlaggen, und die Bewohner der Hauptstadt zerbrachen sich den Kopf darüber, weshalb es die neue Regierung für gut fand, öffentlich kund zu machen, daß sie nicht ultramontan sei, daß Herzog de Noailles nicht mit Broglie in Fader liege, und daß die Abendgesellschaften des Marichalls viel glänzender seien, als die des Hrn. Thiers.

— 18. Juni. Die Section des oberen Handelsrathes, welche damit beauftragt war, die Frage bezüglich der Steuer auf Rohstoffe und der Flaggenzuschläge zu prüfen, hat heute den Bericht Laurent's entgegengenommen, welcher sich für die Abschaffung dieser Steuer ausspricht. Die Section hat sich den Ansichten des Berichtes angeschlossen. Der gesammte obere Handelsrath wird sich ungesehen über denselben Gegenstand äußern. — Die legitimistischen und orleanistischen Journale tadeln die Haltung der bonapartistischen Zeitungen und erinnern an die Nothwendigkeit der Selbstverleugung für alle conservativen Parteien, um ihre Siege über den Radicalismus aufrecht zu erhalten. — Das „Journal de Paris“ stellt in Abrede, daß Maßregeln gegen mehrere ausländische Journale oder deren Pariser Correspondenten vorbereitet würden, da durch die völlige Unrichtigkeit der von ihnen verbreiteten Nachrichten sich die Unzuverlässigkeit ihrer Berichte bald von selbst herausstellen werde.

Italien.
* Rom, 17. Juni. Die Ministerkrise, seit der Beilegung des Conflicts wegen des Anfalls zu Tarent verlagert, ist jetzt in verstärktem Maße aufgetreten. Mit der Linken hat sich jetzt auch ein Theil der Rechten verbunden, da die Opposition aber kaum im Stande sein dürfte, ein Cabinet zu bilden, so wird das Ministerium wahrscheinlich nur eine theilweise Erneuerung erfahren. Der König erwartet ruhig in Florenz die weitere Entwicklung. — Die Deputirtenkammer hat den Gesetzesentwurf über die Herstellung 7 neuer Eisenbahnlinien in der Gesamtlänge von 450 Kilometer in Venetien, sowie das Ergänzungsbudget pro 1873 angenommen. Die in dem letzteren bezifferten Ausgaben betragen 1552 Millionen. (W. L.)

Russland.
Reval, 16. Juni. Ein Petersburger führt in der Reval'schen Zeitung nachstehende Beschwerde über den Gütertransport der Baltischen Eisenbahn: „Es erhebt kein Tarif für die jetzt bestehenden Eisenbahnfrachten zwischen Reval und Petersburg, der für das Publikum zu haben wäre, oder auch nur war. Für die Waaren-Verbindung mit Moskau ist ein gebrochener deutscher Tarif niedergewiesen, der russische ist längst vergriffen und von amtlicher Seite wird bestätigt, daß eine neue Auflage nicht in Aussicht genommen sei. Die Verwägung der Waaren von Seiten der Bahn geschieht auf einer unzuverlässigen Brückenwaage, und dabei

wird das Gewicht der leeren Waggons angenommen, wie es ursprünglich gewesen und auf denselben verzeichnet steht; Gewichtszunahmen durch Reparaturen werden nicht berücksichtigt, eben so wenig der den Waggons anhaftende Schmutz. Wird das Gewicht der Waare zu hoch ermittelt, so muß zu viel Fracht bezahlt werden, oder es entstehen Weitläufigkeiten, die mehr gehakt zu werden pflegen als zu hohe Zahlungen. Wird das Gewicht aber zu niedrig ermittelt, so riskirt der Empfänger, daß ihm zu wenig geliefert wird und seine Reclamationen ohne Erfolg bleiben. Die Bahnstationen bekommen der Abseher fröhlichens einen Tag nach Beladung der Waare und bei Transito-Entsendungen oft erst nach zwei bis drei Tagen, weil der Zoll die Transito-Papiere der Bahn zu spät ausstellt.“

— Seit Anfang d. M. sind in Warschau, wie in andern Städten des Königreichs Polen, wieder vereinzelt Cholerafälle vorgekommen, die Anfangs geheim gehalten wurden, jetzt aber von der Behörde offen eingestanden werden. Nach amtlichen Angaben sind seit Pfingsten bis heute 19 Personen an der Cholera erkrankt und davon 4 wieder genesen und 4 gestorben; die übrigen 11 befinden sich in ärztlicher Behandlung.

Spanien.
Madrid, 16. Juni. Die amtliche Zeitung erwähnt ein Telegramm des General-Capitän von Cuba, wonach die militärischen Operationen im Centrum und im östlichen Theile der Insel einen befriedigenden Verlauf gehabt hätten. In dem Gefechte bei Barzal habe der Feind 100 Torte und viele Waffen und Munition verloren, die Truppen dagegen nur 18 Tode und 66 Verwundete. Auch habe der Oberst Cepeda nach fünfzähligen Operationen die Bande von Magni Diaz gesprengt, wobei der Letztere und 28 Mann getödtet wurden und 16 Gefangene und 25 Pferde in die Hände der Truppen fielen. Seitdem ist jedoch ein Telegramm eingetroffen, demzufolge eine spanische Abtheilung von 90 Mann unter Verlust von 40 Toden von den Aufständischen aufgerieben worden ist. — Ein Dampfer aus der Havannah, der gestern Abend in Santander ankam, hatte den von den spanischen Behörden auf Cuba verhafteten O'Reilly, Berichterstatter des New York Herald, an Bord.

Türkei.
Constantinopel, 18. Juni. Die Eröffnung der Eisenbahnlinie von hier nach Adrianopel hat heute stattgefunden. (W. L.)

Trapezunt, 17. Juni. Zwischen den Dissidenten und Armeniern sind bedeutende Feindseligkeiten ausgebrochen. Der armenische Bischof wurde mißhandelt. Dem energischen Einschreiten des Statthalters Abdul Nassan gelang es, Blutvergießen zu verhindern.

Danzig, den 20. Juni.
* Wie verlautet, trifft heute eine Sanitäts-Commission von Berlin hier ein, um im Auftrage des Staatsministeriums die Veranlassungen zu inspectiren, welche zur Abwehr der Cholera hier getroffen worden sind.

* Es wird Seitens der Direction der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft beabsichtigt, die Localzüge auf der Strecke Danzig-Boppo nachmittags derartig zu theilen, daß dieselben in zwei Theilen abgefahren werden, deren erster möglichst fahrplanmäßig abgeht, der zweite Theil aber, zu welchem dieselben Billets, welche zu dem Zuge überhaupt abgegeben werden, giltig sind, dem ersten in Stationenitz (10—15 Minuten) folgt. Wir machen hierbei besonders darauf aufmerksam, daß der Billetverkauf oder vielmehr die Zulassung von Passagieren zum Perron auch wie bisher bei der fahrplanmäßigen Abfahrtszeit der Züge geschlossen werden wird und wer nicht rechtzeitig erschienen ist, auf die Mitfahrt wird verzichtet müssen.

* In der letzten Diät des Abgeordnetenhauses wurde vom dem Abgeordneten v. Eysner der Antrag auf Erlass eines Gesetzes eingebracht, welches darauf gerichtet ist, die Communalsteuerpflichtigkeit der Forensten und juristischen Personen, sowie der Commandit-Gesellschaften auf Actien in einheitlichem Sinne für den ganzen Umfang des preussischen Staates zu regeln. Das Ministerium hat hieran Veranlassung genommen, Erhebungen anzuordnen, um festzustellen, welcher Theil von den Communalsteuern in den einzelnen Stadt-Gemeinden von den Forensten und den juristischen Personen getragen wird, um demnach zu erwägen, ob dieser Beitrag von den Städten nicht entbehrt werden könne. Wie es scheint, ist es hauptsächlich darauf abgesehen, den Fiskus und die demselben nahe stehenden Institute, die preussische Bank, Seehandlung u. v. von der Verpflichtung zur Theilnahme an den Gemeinde-Kassen wieder zu befreien, also in diesem Sinne den § 4 der Städte-Ordnung vom 31. Mai 1853 zu ändern. Wir glauben indes mit Sicherheit annehmen zu können, daß das Ministerium hiermit nicht reßiren wird und daß weder das jetzige, noch das aus dem bevorstehenden Wahlen hervorgehende Abgeordnetenhaus sich bereit finden lassen wird, den Schritt rückwärts zu thun, den bei Verabreichung der Städteordnung sogar die conservative Landrathskammer meinte vorwärts gehen zu müssen. Wenn der Staat ein Gewerbe (Eisenbahnen u.) betreibt oder sich beim Gewerbe betriebe betheiligt, so ist es nicht mehr als billig, daß er gleich anderen Gewerbetreibenden zu den Steuern beiträgt.

* Ueber die Parcellirung des frühern Rath'schen Grundstücks Sandgrube Nr. 12—15 ist vom Magistrat ein Plan aufgestellt worden, nach welchem durch das Grundstück in dessen Mitte eine Straße von 24 Fuß Breite von der Sandgrube nach dem Schwarzen Meer hindurch gelegt und jede der dadurch entstehenden beiden Hälften des Grundstückes in 8 Parcellen zertheilt werden soll. Die 16 Parcellen haben im Durchschnitt einen Flächeninhalt von 28 □ Ruthen, groß genug, um einem hübschen Wohnhause nebst Veranda und für ein Gärtchen den nöthigen Raum darzubieten. Die von der Stadt aufzuwendenden Kosten für Anlage der Straße mit Gasbeleuchtung, Wasserleitung und Canalisation sind auf 3000 Mk. veranschlagt. Es wird, wenn die Voraussetzungen des Projects verwirklicht werden, Danzig eine Straße kleiner Villen gewinnen, die der Stadt zur Zierde gereichen wird.

* Um eine Gleichförmigkeit bei der Anlage der Hauseingänge und Kellerkufen bei Wegschaffung von Vorbauten und Verschlägen und bei Trottoirlegungen zu erzielen, hat in diesen Tagen eine Versprechung der städtischen Baubeamten mit den Baugewerbetreibenden stattgefunden.

* Bei der Wahl eines Landchaftsrathes für den Stargarder Landchaftskreis am 16. d. M. wurde der bisherige Landchaftsrath Herr von Jadowski-Bahlau wiedergewählt.

* Es finden seit einigen Tagen in den Nachmittagsstunden Probefahrten auf der Pferde-Eisenbahn statt, die nach und von Oliva statt, an welchen es gestattet ist, gratis theilzunehmen, wenn der betreffende Conductor darum ersucht wird. Leider beobachtet das diese Gelegenheit benutzende Publikum nicht immer die Rücksicht, die Seitens des Directoriums mit Recht beanprucht werden können und macht oft Prätensionen, als wenn das Auf- und Absteigen nach Belieben gesordert werden dürfte. Außerdem scheinen es in Langsamkeit resp. Oliva wohnende Eltern für überflüssig zu halten, ihre Kinder vor dem unbefugten Aufsteigen auf die in Fahrt befindlichen Wagen zu warnen resp. sie daran zu verhindern. Gestern ist leider in Langsamkeit ein Knabe, der trotz des Verbots auf den Rutschenplatz während der Fahrt springen wollte, ausgetreten und von den Mähren nicht unerheblich an den Beinen verletzt worden. Wäge der bebauenswerthe Fall zur Warnung dienen.

* Wie wir hören, ist es nun von dem Vorstande des Stadtmuseums genehmigt, daß die dem Herrn Prediger Wod gehörige Sammlung ausgestoppter Vögel in einem Kreuzgange des Franziskanerklosters aufgestellt werde. Die Sammlung, die 3000 Species enthält, ist die bedeutendste Deutschlands. Sie ist veräußert und es wäre dringend zu wünschen, daß dieselbe in der Stadt erhalten und zu dem Zweck entweder von der Stadt oder von den die Wissenschaft pflegenden blesigen Vereinen erworben würde.

* Das Leipziger Reichs-Oberhandelsgericht hat dieser Tage folgende Entscheidung publicirt: Wenn ein Unfall auf der Eisenbahn weder durch Einwirkung der Dampfkraft noch durch einen Zusammenstoß der Beförderungsmittel unter einander, sondern nur bei Gelegenheit der Entladung eines an seinem Ziele angelangten Wagens veranlaßt ist, so tritt derselbe aus aller Verbindung mit der bahnmäßigen Beförderung so heraus, daß die für letztere erlassenen Ausnahmestimmungen unmöglich auf ihn Anwendung finden können.

* Der Handelsminister hat abermals eine auf Verbesserung des Eisenbahnwesens hinzielende Verfügung an die königlichen Eisenbahn-Commissariate gerichtet: Derselbe fordert im Interesse des reisenden, namentlich des minder begüterten Publikums, daß auf allen Bahnhöfen Wegweiser aufgestellt werden, um das schnelle Auffinden der Brunnen während des kurzen Aufenthalts der Züge zu erleichtern. Außerdem sind die Bahn-Directionen zu Vorschlägen aufgefordert, welche Anordnungen da zu treffen sein könnten, wo keine Brunnen vorhanden oder die etwa vorhandenen von den Haltplätzen der Züge zu entfernt sind.

* Wie bekannt, hat das Kriegsministerium sich schon seit längerer Zeit mit der Verwendung von beurlaubten Soldaten für die Ernte-Arbeiten einverstanden erklärt und nur eine Veröffentlichung der diesfälligen Auforderungen nicht gemindert. Das Weitere überhaupte aber den einzelnen General-Commandos überlassen. Die Verurlaubung von Mannschaften kann bis zu einem bestimmten Termine vor Beginn des Regiments-Exercitiums in so weit gestattet werden, als dies mit den militärischen Interessen und der Ausbildung der Einzelnen verträglich ist. Die Truppentheile werden demgemäß mit Anweisung versehen, und die die Hilfe der im Militärdienst stehenden ländlichen Arbeiter nachsuchenden werden sich an die betreffenden Truppentheile zu wenden haben, welchen letzteren es immer überlassen bleibt, die Zahl der Leute sowie die Bedingungen, unter welchen dieselben beurlaubt werden können, festzustellen.

* Das Bad bei Rahlberg getändeltes Schloß „Ditt und Erba“ ist durch den Dampfer „Ditt“ eingetracht.

* Das am Mittwoch stattgehabte Concert zum Besten des Armen-Unterstützungs-Vereins im Colonischen Garten hat einen Ertrag von ca. 200 Mk. geliefert.

* Neufahrwasser, 20. Juni. Die Erweiterung des Hafencanals zu Neufahrwasser ist bis zum Bahnhofs hergeführt; weiterhin, nach den Molen zu, sind Hunderte von Arbeitern beschäftigt, das Weir der Bollendung näher zu führen. Danzig würde von See Schiffen vielleicht zahlreicher aufgesucht worden sein, wenn sich die Staatsbehörde entschlossen hätte, früher das zu bewerkstelligen, was nur fernerhin auf unsern Handel wirken konnte; diese Verschümmel hat sich leider unvermeidlich an dem Handel gerächt. Auch an dem Bassin zwischen Neufahrwasser und Bröfen wird rüstig gearbeitet. Während die westliche Uferseite bereits mit einem starken Wohlweil versehen ist, schlagen an der bei weitem längeren südlichen Seite 4 Dampfschiffe, zu denen noch eine 5. in der Aufstellung begriffen ist, die Befähigung zwei Reihen mächtiger Böden ein. — Das dieser Arbeitstätte auf der linken Seite des Bröfener Weges gegenüberliegende Eisenwalzwerk „Marienbütte“ ist bereits seit einigen Monaten in Betrieb und liefert, wie uns von Sachkennern versichert, ein so vorzügliches Stangenmaterial, daß dasselbe einen Vergleich mit den besten Ergebnissen dieses Fabrikats nicht zu scheuen hat; der Abzug desselben ist daher auch fleißig. An der Vergrößerung des Stabilmements, zum Zweck der Steigerung seiner Productivität, wird, vornehmlich durch die Aufstellung eines zweiten größeren Hammers und mehrerer Walzen, thätig gearbeitet. Ebenso ist man bei notwendigen Reparaturen und anderen noch erforderlichen Baulichkeiten ununterbrochen thätig. Das vor einiger Zeit im Publikum verbreitete Gerücht, die Fabrik wäre durch verschiedene vorgetommene wesentliche Beschädigungen von Maschinen u. in ihrer Wirksamkeit gehindert worden, entbehrt jeder Begründung. — Die Bobotte Bröfen, Westerküste und Westkülmünde (Boppo vor Allem nicht zu vergessen) sind bereits ziemlich vollendet, es wird demnach schon geachtet. Die Wassertemperatur war gestern bereits auf 16° + gestiegen.

Elbing, 19. Juni. Am 21. Juli soll hierher eine Verammlung der Gas-Fachmänner unserer Provinz stattfinden. Zwei Hauptfragen, welche einer öffentlichen Besprechung unterzogen werden sollen, sind: „Auf welche Weise ist es möglich, bei der Installation des Gases die größten Ersparnisse zu machen?“ und fobann eine Erörterung, wie der jetzt herrschenden Kocalocalamität abzuwehren sei. Es dürfte daher im Interesse aller Städte liegen, welche eine Gasleitung besitzen, den bei derselben angestellten Beamten den Besuch des Congresses zu ermöglichen. (Allpr. 3)

Königsberg. Auf den Strafantrag, den der Redacteur der „Allpr. Ztg.“ die Straß gegen E. Stein wegen in öffentlicher Verammlung ihm durch diesen widerwärtiger Verleumdung gestellt, hat die Staatsanwaltschaft die Voracten Edleins aus Sachsen requirirt.

* In dem R. Landgestüt zu Tralehen findet am 25. Juli d. J. von Morgens 9 Uhr ab, eine methodiende Versteigerung von ca. 100 Gestütpferden, bestehend aus Landgeschälern, Mutterstuten (meistens gedocht), 4jährigen Hengsten, Wallachen und Stuten und jüngeren Fohlen statt. Sämmtliche 4jährigen und älteren Pferde sind mehr oder weniger zugereiten. (D. N. C.)

Bromberg, 17. Juni. Für die Eisenbahn-Commissarien der Direction der R. Ostbahn zu Königsberg, Bromberg und Berlin sind die Dirigenten bereits von der vorgesetzten Behörde ernannt worden: für Königsberg Regierungs-Commissar Gemmel, für Bromberg Regierungs-Commissar Kuhlmann und für Berlin ein Regierungs-Commissar aus Hannover. Die Direction der Ostbahn bleibt vorläufig in Bromberg, wird aber nach den gemachten Mittheilungen ebenfalls von hier nach einem anderen Orte, und zwar nach Berlin, verlegt werden. —

...

Reichstag.

56. Sitzung am 19. Juni.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Controlle des Reichshaushalts für 1873, wird in dritter Verathung definitiv genehmigt.

Zweite Verathung des Gesetzentwurfs, betr. die Regelung des Reichshaushalts vom Jahre 1872, der aus dem Ueberschusse desselben Jahres 1,728,814 *ℳ* dem Reichszentraler zur Vertheilung sieben verschiedener Ausgaben zur Verfügung stellt, darunter 70,000 *ℳ* zur Erweiterung des provisorischen Reichstagsgebäudes, 508,000 *ℳ* für das neue General-Postamtsgebäude u. s. w. Ferner soll nach § 2 dieser Vorlage die Verichtigung der Matricularbeiträge für 1872 auf Grund der Volkszählung vom 1. Dezember 1871 durch die Feststellung der Matricularbeiträge für 1874 erfolgen. Die Budget-Commission beantragt die in Rede stehenden Ausgaben als Zusatz zum Nachtragsetat für 1873 unter den einmaligen Ausgaben und die Gesamtsumme von 1,567,481 *ℳ* (sie ist geringer, als die oben angegebene, weil für das General-Postamtsgebäude nur 346,667 *ℳ* als letzte Rate bewilligt werden sollen) unter den Einnahmen als aus dem Ueberschusse des Jahres 1872 vorzutragen, den Gesetzentwurf im Uebrigen aber abzulehnen. — Ref. Pascher: Nachdem die Budget-Commission die einzelnen Positionen geprüft hat, ist sie zu der Meinung gekommen, daß die einzelnen Positionen im Wesentlichen den Etat von 1873 angehen. Nur die Position von 508,000 *ℳ* für die Errichtung eines Generalpostamts-Gebäudes ist eine wirkliche Etatsüberschreitung, die dadurch veranlaßt worden ist, daß ein Theil der Summe als ein Vorgriff auf die für 1873 bewilligten Gelder verausgabt worden ist. Aus diesen Gründen hat die Commission geglaubt, daß kein Bedürfnis vorliegt, ein besonderes Etatsgesetz zu machen, sondern daß es genüge, diese Ausgaben, soweit sie das Jahr 1873 betreffen, als Zusatz zu dem Nachtrags-etat aufzunehmen. — Nachdem Präsident Delbrück erklärt hat, keinen Einspruch zu erheben, tritt das Haus dem Antrage der Budget-Commission bei.

Ueber die Etats für die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds auf die Jahre 1873 und 1874 referirt Abg. v. Wedell-Walchow und beantragt Namens der Budgetcommission die Bewilligung der Positionen. — Abg. v. Hoyerbed: Wir haben in unserer Fraction zum Theil gegen das Invalidenfonds-Gesetz aus prinzipiellen Gründen gestimmt. Nachdem das Gesetz nun aber einmal angenommen ist, können wir uns seinen Konsequenzen nicht entziehen und werden daher für die in diesem Gesetze geforderten Positionen stimmen. Ich will nur zu Gott wünschen, daß die Ehre des deutschen Beamtenstandes, denen durch die von diesem Hause

angenommenen Bestimmungen der Anlegung des Invalidenfonds so sehr schwere Versuchungen auferlegt werden, wie bisher rein erhalten bleiben und allen Versuchungen widerstehen möge. (Heiterkeit.) — Die Positionen werden darauf bewilligt.

Zweite Verathung des Gesetzentwurfs, betreffend den Antheil des ehemaligen norddeutschen Bundes an der französischen Kriegskosten-Entschädigung. Die Budget-Commission hat die Vorlage ganz und gar ungarbeitet. Zwar stimmt sie mit ihr in dem wichtigsten Punkt (Art. 1) überein, daß 13,241,000 *ℳ* für militärische Bauten und Einrichtungen reservirt werden sollen, stellt aber für 1873 und 1874 nicht 1,558,000 *ℳ* resp. 5,993,000 *ℳ*, sondern nur 1,100,000 *ℳ* resp. 4,258,000 *ℳ* zur Verfügung. — Ref. Miquel: Es entfallen als Rest von der Kriegskostenentschädigung auf den norddeutschen Bund 598,391,941 *ℳ*, davon gehen ab die Kriegskosten mit 201,871,816 *ℳ*. Es bleiben somit 396,520,125 *ℳ* übrig. Hiervon ist zunächst das Reetablisement für die Offiziere und Heereseinrichtungen zu decken, dasselbe beträgt 116,846,810 *ℳ*. Außerdem sollen daraus entnommen werden 13,341,000 *ℳ* für rein militärische Bauten, wie sie das vorliegende Gesetz anlegt. Es wurde nun zunächst in der Commission hervorgehoben, daß viele dieser Ausgaben eigentlich dem Pauschquantum des Militäretats zur Last fallen und deshalb hier nicht nochmals bewilligt werden könnten. Man ist aber in der Commission hierüber hinweggegangen, weil die Regierung wohl nicht in der Lage sein würde, diese großen militärischen Bauten aus dem Pauschquantum zu decken, und man einstimmig darin war, die Summe für die Bauten selbst im militärischen Interesse zu billigen. Das einzige, was die Commission zu bemerken fand, war der Mangel des Nachweises darüber, daß der Segen dieser militärischen Bauten gleichmäßig über das ganze Land zerstreut sei und nicht einzelne Orte vor anderen bevorzugt seien. Was die Kasernenbauten betrifft, für welche vorläufig in diesem Entwurf 7,065,000 Thlr. verlangt werden, so war die Budgetcommission einstimmig der Ansicht, daß im Interesse vorzüglich der bürgerlichen Verhältnisse und Interessen energisch mit dem weiteren Kasernement vorgegangen werden müsse. Die Schilderungen, die uns der General v. Voigts-Rheke über die Ausführung des Reetablisements und die Vervollständigung der deutschen Armee in der Commission gegeben, hier im Detail zu wiederholen, halte ich nicht für angemessen; ich kann aber doch nicht umhin, wenigstens hier zu betonen, daß diese Schilderung über die Leistungsfähigkeit, Ausrüstung und Verwaltung der Armee die größte Befriedigung und Freude in der Commission hervorgerufen hat (Bravo!) und ich spreche

es hier im Namen der Budgetcommission und gewiß auch im Namen des ganzen Hauses und des Landes aus, daß das deutsche Reich sich glücklich schätzen kann, eine so energische Militär-Verwaltung und eine so kräftige Regierung zu haben, und daß wir der Reichsregierung dafür den größten Dank schuldig sind. (Lebhafter Beifall.) — Die Discussion wendet sich nun einzelnen Positionen zu. Bei der Position für den Bau einer Kaserne in Neuhaus bei Paderborn bestrittet der Abg. Schröder (Lippstadt) die Nothwendigkeit, die bisher in Lippstadt und Wiedenbrück vertheilten Escadrons des 8. Husarenregiments in eine Kaserne zu concentriren und bringt diese Maßregel mit der bekannten Geschichte in Zusammenhang, die der Abg. v. Schorlemer-Alst im preussischen Abgeordnetenhaus erzählt hat. — Kriegsminister v. Kameler: Wir befinden uns bei Lippstadt in der Nothwendigkeit, die Kasernements, die nur aus Fachwerk bestehen, umbauen lassen zu müssen. Es fragt sich nun, ob es nicht praktischer ist, gleich an einem anderen Orte zu bauen, um eine engere Concentration zu ermöglichen. Ich komme nun auf das, was die Person des Regimentscommandeurs betrifft; es ist mir schon lange ein Bedürfnis gewesen, den Aeußerungen des Abg. v. Schorlemer mit einer Erklärung der Regierung entgegenzutreten. Der Regimentscommandeur wurde beschuldigt, einen Unterschied zwischen katholischen und evangelischen und zwischen bürgerlichen und adligen Aspiranten gemacht und für die Annahme eines bürgerlichen verschiedene Bedingungen aufgestellt zu haben. Es ist ein alter Grundsatz in der preussischen und auch in der deutschen Heeresverwaltung, keinen Unterschied zwischen Katholiken und Evangelischen zu machen. Eben so wenig wird ein Unterschied zwischen dem Adel und dem Bürgerstande gemacht. Meiner Information nach hat der Commandeur das Abiturientenexamen verlangt von denjenigen Aspiranten, die von außen her zum Regiment kamen, wo er sich also über die Qualification nicht anderweitig orientiren konnte. Er hatte ferner, seitdem er das Regiment commandirt, im Ganzen 9 Aspiranten aufgenommen, von denen 5 katholisch und 4 evangelisch waren. (Hört! Hört! Heiterkeit.) Wenn ich Ihnen nun schließlich noch sage, daß der Commandeur ein Bürgerlicher ist, so werden Sie wohl nicht glauben, daß eine Bevorzugung des Adels stattgefunden hat. (Große Heiterkeit.) — Abg. v. Hoyerbed: Ich will sehr gern anerkennen, daß der Hr. Kriegsminister wünscht, daß kein Unterschied mehr in Betreff der Confession und des Standes gemacht werde. Indessen die Thatfachen entsprechen diesem Wunsche noch nicht; gewisse Leute sorgen dafür, daß in gewissen Kreisen der Adel normalte. Ich habe hier ein Verzeichniß von 16 Regimentern, in denen kein einziger bürgerlicher Of-

fizier ist. (Hört! Hört! links.) Es sind dies das 1. Garde-Regiment, das Garde bu Corps, das Garde-Kürassier-Regiment, das 1. und 2. Garde-Dragoner-, das 1. und 2. Garde-Mann- und das Garde-Husaren-Regiment; hier ist also sehr auffallend der Adel vertreten. (Hört! Hört! Heiterkeit.) Die übrigen Regimenter sind alles Cavallerie-Regimenter. Das ist doch wohl kein Zufall; es kommt davon, daß die Regimenter das Wahlrecht haben. Eine Aenderung ohne Beseitigung des Wahlrechtes wäre nur möglich, wenn der Kaiser in diese Regimenter eine größere Anzahl von bürgerlichen Offizieren hineinversetzte, die müßten aber Haare auf den Zähnen haben. Ferner finde ich in dem Verzeichniß noch 12 Regimenter, in welchen nur 1, und 9 Regimenter, in denen nur 2 bürgerliche Offiziere sind. — Abg. Schröder (Lippstadt): Ich bin von der Erklärung des Hrn. Kriegsministers befriedigt; aber ich vermisse die stricte Erklärung, ob die Verfassung des Commandeurs mörlich so gelautet hat, wie sie vom Abgeordneten von Schorlemer verlesen ist. Wenn dies der Fall wäre, so würde sich daraus ergeben, daß der früher nach paritätischen Grundsätzen handelnde Commandeur in neuerer Zeit eine Schwenkung gemacht hat vielleicht in Folge des großen Kulturkampfes, der von gewissen Seiten des Hauses in letzter Zeit inaugurirt worden ist. — Abg. v. Mallinckrodt: Wie die Grundsätze, so sollen auch die Thaten der Regierung sein. (Sehr richtig! im Centrum.) Hr. v. Hoyerbed hat schon eine Illustration zu dem Widerspruch zwischen den Thaten und Grundsätzen der Regierung gegeben. Im vollen Widerspruch steht auch die Handlungsweise des Commandeurs des 8. Husaren-Regiments in Betreff der Confessionen. In dem Briefe heißt es: „Verhältnisse, deren gänzliche Auseinandersehung mich jedoch zu weit führen würde, zwingen mich jedoch bei Annahme eines bürgerlichen Avantagours folgende zwei Bedingungen zu stellen. Abgesehen davon, daß er aus einer wirklich angesehenen Familie sein muß, sind dieselben, daß er das Abiturienten-Examen bestanden hat, und zweitens, daß derselbe der evangelischen oder lutherischen Religion angehört.“ Offenbar steht das im directesten Widerspruch mit dem eben ausgesprochenen Principe. Will nun der Hr. Kriegsminister seinen Grundsätzen consequent bleiben, dann ist es nothwendig, daß er das Verhalten des Regimentscommandeurs entschieden desavouirt; ein solches Desavouir lag aber nicht in seiner Aeußerung (Sehr richtig! im Centrum), sondern er suchte denselben sogar zu decken. — Kriegsminister v. Kameler: Was den eben verlesenen Brief betrifft, der mir gar nicht in die Hände gekommen ist, so ist derselbe keine amtliche Verfügung, sondern ein Privatbrief (Heiterkeit und Lärm) an einen ehemaligen Kameraden. Die Aeußerungen in demselben

Rehen allerdings im Widerspruch mit den Grundsätzen. Ich wollte ihn keineswegs decken. Was etwa an Rectificationen nöthig ist, überlassen sie der Disciplin des Heeres. Wenn dieser Privatbrief in meine Hände gekommen wäre, hätte ich möglicherweise Gelegenheit gehabt mich deutlicher auszudrücken. — Abg. v. Helledorff: Daß von den 196 Regimentern 16 allein adlige Offiziere haben, ist gar nicht so bewundernswerth, wenn man bedenkt, daß unser Adel überhaupt in größerer Zahl in der Armee dient. Es fehlt durchaus nicht an der Gleichstellung, sondern sehr wenige Bürgerliche haben Lust in den Cavallerie-Regimentern ihre Vermögensverhältnisse zu ruiniren. Der Dienst in diesen Regimentern ist geradezu ein Opfer, das dem Staate gebracht wird. — Abg. v. Hoverbed: Ich habe keineswegs den Adel beleidigen wollen, um so weniger, als ich selbst dazu gehöre. Aber es ziemt sich, daß gerade Jemand, der dem Adelsstande angehört, eine ungerechte Bevorzugung zur Sprache bringt. Das Fehlen von bürgerlichen Offizieren in der Garde ist nicht daraus zu erklären, daß nur reiche Leute dort dienen können; denn die reichsten Leute sind nicht immer adlig; sondern der verarmte Adel meldet sich in so großer Zahl, weil er seine Söhne schnell zu einer selbstständigen Stellung bringen kann ohne große Kosten seinerseits. Es fällt mir auf, daß, wenn die Garde so sehr viel reiche Offiziere hat, sie dann noch besondere Unterstützung erhält. Ueberhaupt wäre es nachgerade Zeit, einen Unterschied von Garde und Linie vollständig aufzuheben. — Abg. Graf Winkingerode: Die jegige Debatte haben wir in ähnlicher Weise bei der Verathung über die Erweiterung der Kadettenanstalt gehabt, wo sich der Abg. v. Hoverbed gegen das Abschließen der Kadetten von der Außenwelt wandte. Das ist in meinen Augen ein Vortheil, es bildet einen gewissen esprit de corps, eine gute Kameradschaft heraus. Zur Aufrechterhaltung derselben dient auch das Wahlrecht der Regimentern. Wenn mit dem engen Aneinander-Anschließen zugleich ein Abschließen nach Außen verbunden ist, so ist das allerdings ein Uebelstand. Es ist aber nicht zu rathen, das Gute mit dem Tadelnswerthen gleichzeitig zu beseitigen. Eine Remedur wird durch den Gang der Verhältnisse herbeigeführt; die Dinge sind unhaltbar und verlieren sich von selbst, ohne daß wir nöthig haben, große Reden darüber zu halten. — Abg. v. Hoverbed: Ich freue mich, daß der Graf Winkingerode den Zustand als einen unhaltbaren bezeichnet hat. Ich will aber die Kameradschaft anders haben. Sie sollen neben einander stehen, ganz gleich ob bürgerlich oder adlig. Dieser Punkt ist noch ein Schaden in der Armee, weil er den Militärbesamten ein Privilegium vor den übrigen Beamten des Reiches giebt. — Die Position von 100,000 \mathcal{R} für den Kasernenbau in Neuhaus wird mit sehr großer Majorität bewilligt.

Zu Art. C. (Bau von Lazarethen), welcher für den Erwerb von Bauplätzen zu Kriegslazarethen in Glogau, Küstrin, Ehrenbreitenstein und Köln im Ganzen 175,000 \mathcal{R} fordert, beantragen v. Wedell-Malchow und Friedenthal folgende Position hinzuzufügen: „Zur Erwerbung eines Bauplatzes für

ein zweites Garnisonlazareth bei Berlin und für Feststellung von Plänen und Anschlüssen 84,000 \mathcal{R} . — Abg. v. Wedell fährt aus, daß die Vorlage der Regierung 1,084,000 \mathcal{R} für Einrichtung eines Musterlazareths, das zugleich als zweites Garnisonlazareth dienen solle, gefordert habe. Die Commission habe die Forderung gestrichen, weil gar keine Pläne und wissenschaftliche Gutachten, die ja bei einem Musterlazareth in erster Reihe in Betracht kämen, vorgelegen hätten. Nun seien aber die Salubritätsverhältnisse in der Berliner Garnison derart, daß der Bau eines neuen Lazareths absolut nothwendig sei. — General v. Voigts-Rheeg führt die ungünstige Lage der Berliner Lazarethverhältnisse näher aus. In sämtlichen Lazarethen hätte jeder Kranke nur 600 Kubfuß Raum, während die Wissenschaft für jeden 1200 verlange. Wenn das Haus die 84,000 \mathcal{R} unter denselben Modalitäten wie die Gelder für die Lazarethe in Glogau, Küstrin u. s. w. bewillige, so verkürze es einen unerträglichen Nothstand um einen oder zwei Jahre. — Abg. v. Hoverbed: Nachdem die Budget-Commission die Kosten für die vier anderen Lazarethe ohne gleichzeitige Vorlegung von Bauplänen genehmigt habe, verlange die Reichsregierung eine gleiche Connivenz für eine so eminent theure und wichtige Neuanlage. Das sei nicht möglich ohne einen klaren und übersichtlichen Kostenanschlag; so viel müsse man doch aus alter Erfahrung wissen, daß, wenn erst die erste Rate bewilligt sei, der Rest auch unweigerlich bewilligt werde. Für ihn speziell sei doch die Erwägung maßgebend, daß diese Ausgabe eigentlich aus dem Pauschquantum bestritten werden müsse. — General v. Voigts-Rheeg erwidert, daß durch Annahme des Antrags v. Wedell der Frage, ob eine Musteranstalt oder ein einfaches Garnison-Lazareth zu bauen sei, in keiner Weise präjudicirt werde. Darüber behalte der Reichstag die ungeschmälerte Entscheidung in der Hand. — Abg. Friedenthal glaubt, daß nach den Auseinandersetzungen des Bundesbevollmächtigten die Mehrheit des Hauses den Antrag annehmen wird. Das Mißtrauen v. Hoverbeds in dem Reichstag, als ob derselbe nicht erforderlichen Falls in seinen Bewilligungen inne zu halten wissen werde, sei durch die Erfahrung nicht gerechtfertigt. — Abg. Lasker hat in der Commission zu der Mehrheit gehört, welche die Forderung der Regierungsvorlage nicht eher habe bewilligen wollen, bis ausführliche Pläne vorgelegt seien. Ein vorläufiger Kostenanschlag für die projectirte Anstalt habe ergeben, daß auf jeden Kranken 2—3000 \mathcal{R} Kosten kommen würden und eine so kostspielige Bewilligung habe er nicht ohne festen Boden unter den Füßen machen wollen. Er habe aber damals noch nicht das tatsächliche Material gekannt, welches heute vom Tisch des Bundesraths geliefert sei und mit dem Vorbehalt, daß die Frage, ob gewöhnliches oder Musterlazareth, völlig offen bleiben und nicht eher entschieden werde, bis ausführliche Pläne beigebracht seien, werde er die Summe bewilligen, welche den Platz und die Vorarbeiten für ein durchaus nothwendiges Lazareth beschaffen solle. — Abg. v. Hoverbed erhebt aus dieser Rede, wie genügsam man sein kann (Geisterleit). Er seinerseits

sei in Finanzangelegenheiten, deren Folgen unabsehbar seien, vorsichtiger. Der Reichstag habe gar keine Ahnung, wie theuer dieser Bau werden könne; das allerwenigste, was man verlangen müsse, sei wenigstens ein ungefährer Kostenanschlag. — Abg. Lasker hält es für seine Pflicht, nicht aus bloßer formaler Consequenz an einem in der Commission abgegebenen Votum festzuhalten, wenn später im Plenum Thatfachen constatirt werden, die der Commission nicht bekannt waren. Wenn Hr. v. Hoverbed weniger „genügsam“ sein wolle, so hätte er auch nicht die Forderungen für die vier anderen Lazarethe bewilligen dürfen. (Abg. Richter: Sehr richtig!) Die Schilderung der unerträglichen Lazarethzustände der Berliner Garnison sei nicht widerlegt und selbst nicht bestritten worden, es sei also nothwendig für eine gute Krankenanstalt zu sorgen. Er übernehme die volle Verantwortlichkeit für seine Abstimmung vor der von dem Vorredner ausgerufenen öffentlichen Meinung. — Abg. v. Hoverbed scheint vor dieser Verantwortlichkeit auch seinerseits nicht zurück, hat aber die Entscheidung der öffentlichen Meinung gar nicht angerufen. — Der Antrag von Wedell wird gegen die Stimmen der Fortschrittspartei und des Centrums angenommen.

Der letzte (3.) Artikel des Gesetzes bestimmt über die Vertheilung an die Einzelstaaten: Aus dem nach Artikel VI. des Gesetzes, betreffend die französischen Kriegslosten-Entscheidung vom 8. Juli 1872, dem ehemaligen norddeutschen Bunde zufallenden Antheile ist zunächst der Betrag von 50 Millionen Thaler an die Bundesstaaten nach dem Maßstabe zu vertheilen, welcher in dem durch das Gesetz vom 13. Juni 1869 festgestellten Haushalts-Etat des norddeutschen Bundes für das Jahr 1870 der Vertheilung der Matricularbeiträge zu Grunde gelegt ist. Bei einer stattfindenden weiteren Vertheilung, zu welcher der Bundesrath ermächtigt wird, kommt gleichfalls der im Vorstehenden festgestellte Vertheilungs-Maßstab zur Anwendung. — Abg. Richter: Der Maßstab der Vertheilung ist ein anderer zwischen den einzelnen Staaten Norddeutschlands als zwischen Nord- und Süddeutschland. Anfangs sollte $\frac{1}{2}$ nach dem Verhältnisse der Bevölkerung und $\frac{1}{2}$ nach der Stärke der Contingente zur Vertheilung kommen, nunmehr wird Alles nach dem Verhältnisse der Bevölkerungsziffer vertheilt. Ich will mich dem nicht widersetzen, aber zugleich hervorheben, daß der so angenommene Vertheilungs-Maßstab für die kleineren Staaten erheblich günstiger ist, und daß diese daher die Verpflichtung haben, auf gemeinschaftliche Institutionen, aus denen sie direct Vortheil ziehen, so z. B. auf den starken Papiergeld-Umlauf ohne Entschädigung zu verzichten. (Zustimmung.) So hatte Preußen ein Contingent von 885,000 Mann im Felde; nach dem Verhältnisse seiner Bevölkerung hätte Sachsen 80,000 Mann stellen müssen, tatsächlich hat es aber nur 61,000 Mann gestellt, noch günstiger stellt sich die Sache für Mecklenburg, welches statt den seiner Bevölkerung entsprechenden 22,000 Mann nur 11,800 Mann gestellt hat. (Gör!) Für diesen Vertheilungs-Modus wird als Motiv angeführt, daß Norddeutsch-

land den Krieg als ein Staat geführt hat, welcher seinen Antheil an der Kriegsentchädigung auf den Etat als außerordentliche Einnahme zu setzen hätte und dessen Vertheilung nach der Bevölkerungsziffer erfolgen müßte, weil ja auch die Matricularbeiträge nach der Kopfstärke der Bevölkerung ausgeschrieben würden. Das ist aber nur zutreffend, so weit sich der Betrag der Matricularbeiträge mit dem der Entschädigung deckt. Um so mehr rechne ich, wie gesagt, auf die Geneigtheit der Kleinstaaten zur Regelung der Papiergeldfrage, sowie zur Beseitigung der Lotterie. Jetzt gerade, wo uns noch die französischen Milliarden zuschießen, ist der geeignete Moment zur Beseitigung dieser schädlichen Institution und ich erwarte mit Bestimmtheit, daß der Reichskanzler schon in der nächsten Session den betreffenden Gesetzentwurf einbringen wird. Mit der Regelung der Papiergeldfrage können wir nicht so lange warten, wir müssen sie ganz bestimmt noch in dieser Session lösen, und ich bin dafür, daß wir die Gelder nicht früher an die Einzelstaaten vertheilen, als bis wir hierüber Gewißheit haben. Ich beantrage daher die dritte Lesung dieses, sowie des 14-Milliarden-Gesetzes nicht vor der Erlebigung des Papiergeld-Entwurfs vorzunehmen. (Zustimmung.) — Ref. Miquel constatirt im Einverständniß mit den Ausführungen Richters, daß die Kleinstaaten durch den hier proponirten Vertheilungsmodus ungleich günstiger als Preußen gestellt würden. — Art. 3 wird hierauf angenommen, womit die zweite Lesung beendet ist. — Nächste Sitzung Freitag.

Productenmärkte.

Stettin, 19. Juni. (Wk.-Stg.) Weizen matt, \mathcal{R} 2000 loco gelber geringer 61—74 \mathcal{R} , besserer 75—86 \mathcal{R} , feinsten bis 95 \mathcal{R} , Juni 93 \mathcal{R} bez., Juni-Juli 90 \mathcal{R} , $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} bez., Juli-August 88, 88 $\frac{1}{2}$, 87 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ bez., August-September 86 \mathcal{R} bez., Septbr.-Oct. 84 \mathcal{R} bez., Octbr.-Nov. 80—79 \mathcal{R} bez. — Roggen niedriger, \mathcal{R} 2000 loco 53—60 \mathcal{R} , russischer 51—57 \mathcal{R} , \mathcal{R} Juni 56 \mathcal{R} Bd., Juni-Juli 55 \mathcal{R} $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} bez., Juli-August 55 \mathcal{R} $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} bez., August-September 54 \mathcal{R} bez., September-Oct. 54 \mathcal{R} bez., Octbr.-Novbr. 54 \mathcal{R} , 53 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} bez. — Gerste unverändert, \mathcal{R} 2000 loco 57—63 \mathcal{R} — Hafer unverändert, \mathcal{R} 2000 loco 43—52 \mathcal{R} , Juni-Juli 54 \mathcal{R} bez., Juli-August 51 \mathcal{R} bez. — Erbsen unverändert, \mathcal{R} 2000 loco 48—51 \mathcal{R} — Wintererbsen \mathcal{R} 2000 loco Septbr.-October 94 \mathcal{R} , 94 \mathcal{R} bez. — Rübsen rubig, \mathcal{R} 2000 loco 22 \mathcal{R} \mathcal{R} , \mathcal{R} Juni-Juli 21 \mathcal{R} \mathcal{R} bez., Juli-August 21 \mathcal{R} \mathcal{R} bez., September-Oct. 21 \mathcal{R} \mathcal{R} bez. und Dr. — Spiritus höher bezahlt, \mathcal{R} 100 Liter 100% loco ohne Fas 18 \mathcal{R} \mathcal{R} bez., Juni, Juni-Juli 18 \mathcal{R} \mathcal{R} bez., Juli-August 18 \mathcal{R} , 19, 18 \mathcal{R} \mathcal{R} bez., August-Septbr. 19 \mathcal{R} \mathcal{R} bez., Septbr.-Oct. 18 \mathcal{R} , $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} bez. — Angemeldet: 4000 \mathcal{R} Weizen. — Reguirungs-Preis für Rübdingen: Weizen 93 \mathcal{R} , Roggen 56 \mathcal{R} , Rübsen 21 \mathcal{R} , Spiritus 18 \mathcal{R} — Sped. ameril. 12 \mathcal{R} \mathcal{R} bez. — Reis, Arracan 4 \mathcal{R} bez. — Petroleum \mathcal{R} 100 \mathcal{R} loco 5 \mathcal{R} \mathcal{R} Dr., Septbr.-Octbr. 5 \mathcal{R} \mathcal{R} Dr., 5 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} \mathcal{R} Bd., Octbr.-Novbr. 5 \mathcal{R} \mathcal{R} bez., Bd. u. Dr., Nov.-Decbr. 5 \mathcal{R} \mathcal{R} Dr. — Actien. (Nichtamtlich.) Stettiner Mälerbant 99 \mathcal{R} bez. Vereinsbant 79 \mathcal{R} bezahlt.